

**Meldungen über die Ernennung von Kreis-  
hauptleuten in Böhmen.**

**Kritische Lage im Parlament.**

Wien, 2. Mai.

Im Abgeordnetenhaus entwickelt sich eine kritische Situation. Die nächste Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses sollte am kommenden Dienstag stattfinden. Die Frist, die der Ministerpräsident nach den Vorgängen der vorigen Woche zu den Verhandlungen mit den Parteien über eine Arbeitsmehrheit zur Verfügung hat, ist kurz. Der Angelpunkt der Situation liegt bei den deutschen Parteien, die vorläufig über ihre Haltung zur Regierung noch keine Beschlüsse gefaßt haben. Von tschechischer Seite wird mitgeteilt, daß die Regierung den deutschen Parteien gewisse nationale Zugeständnisse in Böhmen und in den Alpenländern gemacht habe. Es wird behauptet, der Ministerpräsident habe den Deutschen in Böhmen die Ernennung von Kreishauptleuten zugesichert, die bereits in der allernächsten Zeit erfolgen soll. Ebenso seien den alpenländischen Deutschen Zusicherungen über die Eindämmung der südslawischen Agitation und über die Errichtung einer deutschen nautischen Schule in Triest gemacht worden. Der Sturmlauf der Tschechen wird bereits in der tschechischen Presse vorbereitet und wie im Abgeordnetenhaus verlautet, werden sich in den allernächsten Tagen die tschechischen und südslawischen Parteien mit diesen Meldungen befassen.

Der Obmann des Tschechischen Verbandes Abgeordneter Stanek hatte gestern eine längere Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler. Es scheint, daß die von tschechischer Seite verbreiteten Mitteilungen auf diese Besprechung zurückzuführen sind. Daß die deutschen Parteien einmütig an die Regierung gewisse Forderungen gestellt haben, ist nicht neu und diese Forderungen entspringen der Stimmung in der gesamten deutschen Bevölkerung, sowohl der Subalpenländer wie der Alpenländer, die in vielen Kundgebungen ihrer Erregung darüber Ausdruck gegeben hat, daß gerade jene am wenigsten Berücksichtigung finden, die die schwersten Opfer für den Staat gebracht haben. Die Meraner Resolution, die letzte Innsbrucker Kundgebung, die Kundgebungen in Steiermark und Kärnten, in Mähren und Deutschböhmen sind Mahnzeichen, an denen die deutschen Abgeordneten nicht vorübergehen können. Es ist mehr als fraglich, ob es eine Regierung auf sich nehmen kann, die deutschen Parteien von sich abzustößen.

Die Enttäuschung der Tschechen, die jetzt schon angekündigt wird, ist nicht recht begreiflich. Die Tschechen haben das einfachste Mittel zur Verfügung, um eine ihnen unangenehme Verordnung zu verhüten. Sie brauchen sich bloß mit den Deutschen an den Verhandlungstisch zu setzen und im gegenseitigen Einvernehmen die Ordnung in Böhmen herzustellen. Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler hat wiederholt Versuche gemacht, die Parteien des Abgeordnetenhauses zu einer Aussprache über nationale Angelegenheiten zu bewegen. Diese Versuche sind nicht an dem Widerstand der Deutschen, wohl aber an dem Einspruch der Tschechen und Südslawen gescheitert. Die tschechische Enttäuschung ist nicht begründet, sie will nur eine kritische Situation im Parlament herbeiführen, was angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse im Abgeordnetenhaus nicht schwer wäre. Die Mehrheitsverhältnisse im Abgeordnetenhaus sind unsicher, und es bedürfte einer Vorbereitung des neuen Sessionsabschnittes. Der tschechische Sturmlauf kann diese Verhandlungen stören und hindern. Es ist daher begreiflich, daß die Situation im Abgeordnetenhaus bereits von vielen als sehr kritisch angesehen wird.

**Die Möglichkeit einer Verschiebung der  
Abgeordnetenhausitzungen.**

In Parteikreisen wird erwogen, ob es angesichts der Verhältnisse im Parlament nicht zweckmäßig wäre, den für den 7. Mai in Aussicht genommenen Wiederverzusaammentritt des Abgeordnetenhauses zu verschieben.

**Einberufung der Obmännerkonferenz.**

Auf Wunsch des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler hat der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Groß auf telegraphischem Wege die Obmänner der Parteien für morgen Freitag, 11 Uhr vormittags, zu einer Konferenz eingeladen.

**Ministerrat.**

Der Obmann des Tschechischen Verbandes Abgeordneter Stanek hatte gestern mittag eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler, über deren Ergebnis er heute im Präsidium des Tschechischen Verbandes berichtet wird. Unmittelbar nach der Besprechung mit dem Abgeordneten Stanek fand gestern ein Ministerrat statt, der über drei Stunden dauerte.

**Tschechische Meldungen über die Einsetzung von  
Kreishauptleuten in Böhmen.**

Die Prager tschechischen Blätter veröffentlichen gleichlautende Wiener Berichte über die Absicht der Regierung, noch vor dem Zusammentritt des Abgeordnetenhauses durch Ordonanzen Kreishauptleute in Böhmen einzusetzen und hierdurch die nationale Teilung des Landes und die Kreisverfassung einzuleiten. Es wird an das Ultimatum erinnert, das die Deutschradikalen in der verflochtenen Woche dem Ministerpräsidenten beim Ueberreichen ihrer Postulate bis Samstag gegeben und später bis zum 7. d. verlängert haben, an deren Erklärung, sie werden dem halbjährigen Budgetprovisorium gegenüber ihre patriotische Pflicht erfüllen und ihm ihre Stimmen nicht verweigern, und an den vorgezogenen Ministerrat. Alle diese Dinge stehen in ursächlichem Zusammenhang, führen „Narodni Listy“ aus, wir sind im Besitze genauer Informationen, deren zufolge abermals ein Oktroj vorbereitet wird. Es betrifft nicht die deutsche Staatsprache. Der Inhalt des geplanten Oktrois ist die administrative Teilung Böhmens die durch kein Gesetz, sondern durch einen Erlass angebahnt werden soll, für welchen Preis die Deutschradikalen das provisorische Budget bewilligen würden. Sie verlangen, es solle demnächst, vor dem 7. Mai, eine Verordnung erlassen werden, durch welche sogenannte Kreishauptmannschaften als Vorstufe für die künftige Kreisorganisation auf Grundlage der nationalen Teilung des Königreiches Böhmen errichtet werden. Die Kreishauptmänner im Range von Hofräten hätten die Revision in mehreren Sprengeln von Bezirkshauptmannschaften. Diese Maßnahme erhält ihre Bedeutung durch die Absichten, mit denen sie verbunden wird. Sie soll die erste Station werden auf dem Wege der Erfüllung der bekannten deutschnationalen Forderungen und zugleich das äußere Anzeichen dafür, daß die Wiener Regierung sich entschlossen hat, ein Präzidium als erste Abzahlung auf nichtparlamentarischem Wege zu bezahlen, durch die kundgegeben wäre, daß das Kabinett Seidler bereit ist, den bürokratischen Apparat gegenüber den Deutschnationalen in Bewegung zu setzen. Die Tschechen sollen aus dieser Aktion ersehen, daß ihr Widerstand eine solche Verfügung nicht zu hemmen vermag und daß ihnen bloß erübrige, sich mit den Deutschen auseinanderzusetzen und sich am grünen Tisch einer Ausgleichskonferenz mit ihnen niederzulassen, wenn sie nicht wollen, daß durch ihre Widerständigkeit und Opposition dem tschechischen Volke ein noch größerer Schaden erwachse. Es hat den Anschein, daß die Deutschnationalen den Ministerpräsidenten dieser Aufnahme der Barzahlungen geneigt gemacht haben. Sie brauchen einen äußerlich sichtbaren Erfolg. Sie wollen ihn jetzt durch eine Novelle zu den im Vorjahre zurückgestellten Oktrois erreichen. Herr v. Seidler ist hierbei die Rolle des Beschwichtigers der Tschechen zugedacht, der ihnen einreden soll, die Sache, um die es sich handle, sei ebenso harmlos wie es seiner Meinung nach die letzte Rede des Grafen Czernin

gewesen ist. Der Kabinettschef muß sich jedoch bemüht sein, daß er durch die Erfüllung einseitig deutscher Postulate die Linie verlege, die er selbst unlängst und vor ihm ein noch höherer Faktor dahin festgelegt hat, es sei ein jedes Oktroj und eine jede einseitige, wenn auch nur administrative Maßnahme nationaler Natur ausgeschlossen, und daß er durch sein Vorgehen die Tschechen zur Vergeltung veranlasse, welche das Parlament selbst treffen kann.

Der „Bidsensky Dennik“ veröffentlicht folgende zensurierte Mitteilung: Wie wir erfahren, hat der letzte Ministerrat sich fast ausschließlich mit Fragen der Verwaltungsreform in Böhmen beschäftigt, wobei dem Standpunkt der Deutschen Rechnung getragen werden soll. Vorläufig sollen Kreishauptmannschaften in Böhmen gebildet werden, wodurch die Grundlagen für die geplanten Kreisregierungen in Böhmen geschaffen würden. Die den größeren Bezirkshauptmannschaften in Böhmen zugeteilten Hofräte, wie zum Beispiel in Pilsen, Smichow usw., sollen zu Kreishauptleuten ernannt und mit der Amtsführung der betreffenden Kreise betraut werden. Die Regierung ist der Ansicht, daß dadurch den Tschechen kein Unrecht zugefügt wird, weil es sich nicht um eine Aenderung der tatsächlich bestehenden Verhältnisse handelt und die Tschechen zu Verständigungskonferenzen mit den Deutschen veranlassen würde. Nachdem aber, wie das Blatt weiter meldet, es sich auch um die nationale Abgrenzung der einzelnen Bezirke Böhmens handeln soll, so wurde die obige Mitteilung im tschechischen Lager mit der größten Erregung aufgenommen. Die tschechischen Blätter erklären bereits, daß die Durchführung des erwähnten Planes die sofortige Bahmlegung des Abgeordnetenhauses zur Folge haben würde.

**Beratung der tschechischen und südslawischen  
Klubvorstände.**

Die Obmänner des Tschechischen Verbandes und des Südslawenklubs, die Abgeordneten Stanek und Dr. Korotich, berieten ihre Stellvertreter zu einer heute nachmittags stattfindenden wichtigen Beratung über die politische Lage.